



DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

11. Juni 2011

Herr
Guido Dahm
Verband für Wirtschaft und Umwelt
Eduard-Mann-Str. 3
67280 Ebertsheim/Pfalz

Sehr geehrter Herr Dahm,

für Ihr an die Koalitionsverhandlungskommissionen von Bündnis 90 / Die Grünen und SPD gerichtetes Schreiben vom 11.04.2011 möchte ich mich auch im Namen aller Mitglieder der Koalitionskommission herzlich bedanken.

Die Bildung der neuen rheinland-pfälzischen Landesregierung am 18. Mai 2011 ist das Ergebnis von intensiven und erfolgreichen Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen für eine gemeinsame Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels in unserem Land. Der Koalitionsvertrag enthält in den Bereichen Energie und Klimaschutz eine Vielzahl von Eckpunkten und Zielen zur Umgestaltung der rheinland-pfälzischen Energiewirtschaft hin zu einer nachhaltigen Nutzung unserer zahlreich vorhandenen regionalen regenerativen Energiequellen, auf die Sie in Ihrem Schreiben detailliert eingegangen sind.

Ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere von Windkraft und Photovoltaik, der bis zum Jahr 2030 zu einer bilanziell ausschließlich regenerativen Stromversorgung unseres Landes führen soll, forcierte Maßnahmen zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe, im Gebäudebereich sowie in privaten Haushalten sowie die Dezentralisierung der Versorgungsstrukturen sind entscheidende Schwerpunkte unserer

Energie- und Wirtschaftspolitik. Unsere Klimaschutzziele und -maßnahmen wollen wir in einem Klimaschutzgesetz verankern.

Der Umbau des rheinland-pfälzischen Energieversorgungssystems, das Energiesparen und das Steigern der Energieeffizienz gewährleisten zukünftig nicht nur eine stabile Energieversorgung zu bezahlbaren und kalkulierbaren Preisen für die Energiekunden, sondern eröffnen auch unseren rheinland-pfälzischen Unternehmen neue Marktchancen auf den Gebieten der Energie- und Umwelttechnologien. Eine Vielzahl rheinland-pfälzischer Unternehmen konnte sich in diesen Leitmärkten der Zukunft bereits gut positionieren und wird von den erwarteten positiven Marktentwicklungen auch in Zukunft weiter profitieren.

Der von Ihnen angesprochene Ausstieg aus der Kernenergie ist bereits seit Jahren ein Eckpunkt der rheinland-pfälzischen Energie- und Klimaschutzpolitik. So hat das Land Rheinland-Pfalz den von der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000 beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft aktiv unterstützt. Nach der politisch völlig verfehlten Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke durch die Bundesregierung im Jahre 2010 hat Rheinland-Pfalz gemeinsam mit anderen Ländern am 28. Februar 2011 eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die die Verfassungswidrigkeit der Laufzeitverlängerung insbesondere wegen der Verletzung der Beteiligungsrechte des Bundesrates beanstandet.

Ein effektiver Klimaschutz, der Umbau unserer Energieversorgung sowie nachhaltiges und Ressourcen schonendes Wirtschaften brauchen den breiten Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen. Ich bitte daher den Verband für Wirtschaft und Umwelt, die energie- und klimaschutzpolitischen Ziele und Maßnahmen der neuen rheinland-pfälzischen Landesregierung aktiv zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

IS

L. J. J. J.